

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: Inserate 60 Pt., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.
Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
Inseraten-Geschäftsstelle: Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 601. Tel.: Amt Königstadt 4337.
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 49. Berlin, den 8. Dezember 1912. 13. Jahrgang.



An die christlich-nationale Arbeiterschaft.

Kolleginnen und Kollegen!
Durch eine imposante Kundgebung hat ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß unsere Stellungnahme zu den grundsätzlichen Streitfragen der Gegenwart wiederholt und unverrückbar festgelegt. Die Kongreßdelegierten haben in Eurem Sinne das Gelübnis der Treue und des brüderlichen Zusammenarbeitens der katholischen und evangelischen Mitglieder zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung unseres Standes noch einmal mit allem Nachdruck erneuert. Die Essener Tagung hat Klarheit und Sicherheit gebracht, die soziale Bedeutung und nationale Notwendigkeit unserer Bewegung deutlich dokumentiert. Klarer als je liegen unsere Ziele und Aufgaben vor aller Öffentlichkeit.

Worbei ist die Beunruhigung, die durch die jüngsten Ereignisse in unserer Bewegung hervorgerufen wurde. Vergebens war das Bemühen der Gegner, Zerspaltung in unsere Reihen zu tragen. Ausschanden sind die Hoffnungen jener, die den Zerfall und das Ende der christlichen Gewerkschaften herbeiführen. Einmütig zurückgewiesen ist der Versuch, durch hämische Anzweiflung unserer religiösen Überzeugung und kirchlichen Gesinnung die gewerkschaftliche Arbeit zu erschweren. Mochten auch Feinde unangenehm stehen: sie haben wieder einmal vorbeihetzelnd.

Nachdem der außerordentliche Kongreß erneut die **unerschütterliche und feste Haltung der christlichen Gewerkschaften zu ihren alten bewährten Grundsätzen** öffentlich präzisiert hat, nachdem durch die Kundgebung maßgebender kirchlicher Instanzen festgelegt ist, daß den katholischen Arbeitern die Mitgliedschaft und Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gestattet ist, und alle Beschränkungen wegen der zentralen Organisationsform und der Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften ausgeräumt sind, richten die auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß versammelten Delegierten an Euch die dringende, herzlichste Mahnung: **legt nunmehr alle Bitterkeit und allen Mißmut beiseite; tretet mit der festen Entschlossenheit und begeistertsten Arbeitsfreudigkeit, die von jeder unsere christliche Gewerkschaftsbewegung auszeichnete, unverzüglich in eine umfangreiche, nachdrückliche Werbetätigkeit ein!**

Die öffentliche Meinung aller christlich und national denkenden Kreise steht auf unserer Seite. In der ganzen deutschen Arbeiterschaft ist durch die jüngsten

Museinandersetzungen der christliche Gewerkschaftsgedanke bekannt geworden; unsere Bewegung hat in letzter Zeit ständig an Ansehen gewonnen. Die Stimmung für ihre weitere Ausbreitung ist außerordentlich günstig.

Kolleginnen und Kollegen! Blickt hoffnungsfreudig in die Zukunft! In allen Stürmen und Kämpfen, in guten und bösen Tagen werdet Ihr Euer Führer stets auf der Wacht und an der Spitze finden. Sie werden mit Euch stehen und fallen. In unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung — darin liegt ihre innere Kraft und ihre Zukunft — sind ihre Führer und Mitglieder eins im Fühlen und Denken, eins im Willen zur Tat.

Wohlan denn, jetzt an die Arbeit! Nüget die Stunde. Entfaltet alle Kräfte zur weiteren Festigung und Ausbreitung unserer Organisationen.

Hoch die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung!
Essen, 26. November 1912.

Arbeitsleistung und Arbeitsfreude.

Die glänzende Entwicklung der Technik hat es mit sich gebracht, daß es heute Schwarmgeister gibt, die glauben, die Arbeit würde bald vollständig von Maschinen geleistet, und daher könne man auf die Arbeitskräfte in der kommenden Zeit verzichten. Manchen Unternehmern dünkt es ein Ideal, wenn die Zeit käme, wo sie keine Arbeiter mehr notwendig hätten. Solche Anschauungen zeugen von einer totalen Verkennung der wirtschaftlichen Zustände, oder sie entspringen einer gewissen Bosheit gegen die Arbeitermassen. Es muß zugegeben werden, die Technik hat im letzten Jahrhundert eine glänzende Entwicklung gezeitigt. Keine Zeit früher hat so viel technische Hilfsmittel gehabt, wie die unserige. Erst im 19. Jahrhundert ist es dem forschenden Menschengesitt gelungen, die in der Natur schlummernden Kräfte in den Dienst der Gütererzeugung zu stellen. Eine Entwicklung von Jahrtausenden mußte die Menschheit durchschreiten, unzählige Opfer mußten gebracht werden, um die Wunder der heutigen Technik zustande zu bringen. Große Völker, die, wie einst die Römer, die halbe Welt beherrschten und die ganze Welt sich unterzuordnen freuten, sie sind in das Massengrab der Weltgeschichte versunken, ohne daß es ihnen gelang, eine moderne Volkswirtschaft zu entwickeln. Wenn wir uns der ärmlichen Werkzeuge und Hilfsmittel erinnern, die den alten Deutschen im Anfange unserer Zeitrechnung zur Verfügung standen und unsere modernen Kraftmaschinen mit Tausenden von Pferdekraften dem gegenüberstellen, dann kommt uns der gewaltige Fortschritt erst recht zum Bewußtsein. Die Technik erst ermöglicht die Gütererzeugung in Massen, durch die moderne Verkehrstechnik werden die Erdteile miteinander verbunden und so die Erzeugnisse der halben Welt zum Genuß zur Verfügung gestellt. Wir schaffen für die Menschen in den Tropen und diese wiederum für uns. Die Riesentolosse, die die Fluten der Ozeane durchzelen, bringen uns die Rohstoffe der Tropen näher, und der Telegraph berichtet blitzschnell die Ereignisse der gesamten Kulturwelt. Noch mehr! Wenn es möglich würde, heute die fast gewachsene Bevölkerung der alten Welt mit Gütern besser zu

versorgen, dann verdanken wir das nicht in letzter Linie der Technik.

Hat nun die Arbeit keine Bedeutung mehr, oder ist sie daran, ausgeschaltet zu werden? Gewiß nicht. Die moderne Technik ist das Werk des Menschengesittes; die Wunder der Technik zeigen uns so recht, wie hoch der Mensch über allen Geschöpfen steht. Es wird so gern vergessen, daß die Kultur der Gegenwart ohne die Vergangenheit unmöglich wäre. Unzählige Menschen haben für uns gestorbt, groß ist die Zahl derjenigen, die für unsere Kultur verblutet sind. Alles, was wir anstaunen, wurzelt in dem Fleiß der Menschheit. Die Scharfmacherpresse erzählt ihren Lesern so oft, daß die Arbeiter weniger arbeiteten und daß die Gewerkschaft zur Faulheit anleite. Solche Unwahrheiten verbunkeln die Wirklichkeit. Ohne die technischen Hilfsmittel könnten viele Artikel nicht angefertigt werden, vor allem wäre die Massenproduktion unmöglich. Aber Hilfsmittel arbeiten nicht allein, sondern nur in Verbindung mit der menschlichen Arbeit, und die Werkzeuge sind, bis zu ihrer Entstehung und den letzten Quellen zurück verfolgt, selbst durch Arbeit entstanden. Nur die Arbeit des Menschen ist aktiv an der Gütererzeugung beteiligt. Damit soll die Bedeutung des Kapitals nicht verkannt werden; wenn man unter Kapital die Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe usw., also Güter versteht, die wieder zur Gütererzeugung verwandt werden, dann bestimmt unverkennbar das Kapital mit die Möglichkeiten der Produktion. In letzter Linie bestimmt aber doch die gesamte Arbeit eines Volkes auch die Masse der Güter, die angefertigt werden können. Es wäre falsch, die geistige und leitende Arbeit gering zu schätzen, ebenso ungerecht ist es aber auch, die Bedeutung der ausführenden Arbeit zu verkennen. Wenn die deutsche Volkswirtschaft im letzten Jahrhundert nach Herstellung der deutschen Einheit die französische und englische Volkswirtschaft nicht nur einholte, sondern zum Teil über sie hinausging, dann verdanken wir das weniger den Schätzen unseres Landes als der Intelligenz und der hohen Befähigung zur Arbeit, die unserm Volk eigen ist. Die Scharfmacher können reden, was sie wollen, ohne die guten Eigenschaften unserer deutschen Arbeiter wäre die den Reiz anderer Völker herausfordernde Entwicklung unserer Industrie nicht möglich gewesen.

Als organisierte Arbeiter erstreben wir eine Besserstellung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, nur so können wir unsere Lebenshaltung erhöhen. Weil wir höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit usw. fordern, haben auch wir an den Fortschritten der technischen Entwicklung ein großes Interesse und eine kräftige Aufwärtsentwicklung erscheint gewiß wünschenswert. In den letzten Jahren sind immer mehr Völker dazu übergegangen, Massenartikel zu erzeugen. Japan, Italien, Oesterreich-Ungarn usw. haben ihre Ausfuhr sehr erhöht. Dadurch werden die Absatzmöglichkeiten für unser Land nicht leichter. Nur Waren, die eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt erlangen, werden auf die Dauer lohnender Absatz finden. In den Waren muß sich viel Geschick und Kunst verkörpern, wenn sie keine große Konkurrenz finden sollen. Dazu brauchen wir eine hochentwickelte Technik, dazu sind aber auch intelligente und fähige Arbeiter notwendig. Alle Bestrebungen, die eine Weiterentwicklung der Technik zum Ziel haben, müssen auch von der Arbeiterschaft gefördert werden. An guten Schulen haben auch wir Interesse, die Arbeiterschule und die Tätigkeit der Gewerkschaften, eine Erhöhung des Einkommens zu erreichen, erhöhen die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiterstandes; sie

schaffen erst die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Konkurrenzampf unserer Industrie auf dem Weltmarkt. Nur wenn die Entwicklung sich in fortschreitenden Bahnen bewegt, wenn wir unsere Waren mit Gewinn auf dem Weltmarkt absetzen können, hat die deutsche Arbeiterchaft auf einen weiteren kulturellen Aufstieg zu rechnen.

Daß die Arbeitsleistung, insbesondere wenn es sich um Qualitätsarbeit handelt, von ausschlaggebender Bedeutung ist, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Nur Köpfe mit viel Arbeitsenergie entwickeln überhaupt eine moderne Volkswirtschaft. Nun wird ja immer behauptet, jeder gesunde Mensch müsse seine Arbeitskräfte verbrauchen, wenn er gesund bleiben wolle. Wir wollen das nicht bestreiten. Gewisse Einschränkungen müssen aber gemacht werden, wenn der Satz richtig sein soll. Zunächst leuchtet ein, daß die Arbeit sehr verschieden ist. Wenn jeder nur die Arbeit zu leisten brauchte, zu der er die größte Neigung hat und bis an die Grenze, wo eine gewisse Müdigkeit eintritt, dann wäre es so, wie oberflächliche Betrachtung es darstellt. Davon kann aber in der Volkswirtschaft leider keine Rede sein. In der Volkswirtschaft sind viele Arbeiten zu leisten, die keine Arbeitsfreude verursachen, und weiter müssen auch heute noch Arbeiter bis zur äußersten Anspannung ihrer Kräfte oder gar zum Schaden ihrer Gesundheit übermäßig arbeiten. Nun weiß aber jeder, welchen großen Einfluß die Arbeitsfreude auf die Arbeitsleistung ausübt. Was wir gern tun, das geht noch einmal so leicht. Nun hat aber die neuzeitige Arbeitsleistung, viel zum Schwinden der Arbeitsfreude beigetragen. Nur kleine Teile eines Ganzen stellt heute die Mehrzahl der Arbeiter her. Mechanische Arbeitsleistungen sind zu vollbringen, die den Geist töten und abtumpfen. Sollten das die Unternehmer und ihre Vertreter berücksichtigen, dann würden sie den Bestrebungen der Arbeiterchaft auf Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mehr Verständnis entgegenbringen.

Ein Ansporn zur Arbeitsfreude liegt in vielen Arbeiten nicht und daher müssen andere Mittel diesen Anreiz ersetzen, insbesondere höherer Lohn ist ein Mittel, hier einen Anreiz zu schaffen. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß die mechanische Arbeit beseitigt wird, denn ein Teil der höheren Arbeitsleistung ist ja auf die Zerlegung der herzustellenden Waren zurückzuführen. Der einzelne Mensch leistet mehr, wenn er immer dieselbe Arbeit leistet, nach diesem Grundsatz wird jeder Großbetrieb geleitet. Wie schon oben gesagt, kann nur in der Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes Ersatz geschaffen werden.

Bei der Beurteilung der Arbeitsfreude ist auch noch ein wichtiges Moment zu beachten und das ist die Tatsache, daß die meisten Arbeiter keine Aussicht auf eine höhere soziale Stellung und damit auf eine andere Beschäftigung haben. Von jähigen Arbeitern wird diese Tatsache oft drückend empfunden. Es war doch ein gewisser Trost für den mittelalterlichen Handwerksgehilfen, daß er die Meisterung hatte, demnach selbständig werden zu können. Die Scharfmacherpresse beachtet alle diese Momente nicht, sie behauptet auch nicht selten, daß ja jeder fleißige Arbeiter es zu einer besseren Stellung bringen könnte; als ob die 12 Millionen Lohnarbeiter in Deutschland noch einmal alle Werkführer oder Techniker oder gar Unternehmer werden könnten!

Hat so die industrielle Entwicklung die Arbeits- und Berufsfreude sehr herabgedrückt, so tragen die Unternehmer in vielen Fällen durch eine schlechte Arbeiterbehandlung noch dazu bei, daß vielen Arbeitern die Lust zur Arbeit vergeht. Es soll Räume und Strände geben, in deren Umgebung keine andere Anlage möglich ist, außer die, daß es Menschen gibt, die alles tun, um ihren Untergebenen jede Arbeitsfreude zu verwehren. Es sind doch in Deutschland nur wenige Unternehmer, die neben der technischen Beschäftigung ihrer leitenden Kräfte auch darauf achten, daß diese Menschen behandeln können. Nein, Menschen braucht der Arbeiter, Werkführer, Meister, Techniker nicht, nicht behandeln zu können, die Handlung ist, er verachtet zu „Menschen“. Und doch sollte man glauben, auf das Verständnis für die richtige Behandlung von Menschen würde mehr Wert gelegt als auf die der Maschinen. Was ist die Forderung über die Maschine gegen einen Menschen! Dieser Unternehmer, die meisten oft, die Arbeiter müssen so behandelt werden, dass sie nicht für das Werk. Was es was mit demselben Schmutz, welchen Schmutz ein Mensch demnach zur Arbeit ansetzen könnte. In sehr vielen Fällen würde eine bewusste Verleumdung Wunder wirken. So tragen viele Unternehmer dazu bei, daß eine gewisse Gleichgültigkeit entsteht über die Verbilligung und Unzuverlässigkeit großer Wirt.

Was noch häufig die Arbeitsfreude herabsetzt, ist die Unterdrückung beim Erleben der eigenen Kräfte. Die Arbeiter haben keine Möglichkeit, ihre Kräfte zu zeigen, sie werden nur als Werkzeug betrachtet. Es ist ungewiss, ob eine solche Kräfte der Unterdrückung zuzurechnen sind.

daß sie das Verständnis der Unternehmer für eine richtige Arbeiterbehandlung wecken, daß die dem Unternehmer klar machen, es würde auch ihn verbittern, wenn die Arbeiter keine Organisation so bekämpfen würden, wie er das nicht selten tut. Leider ist hier vorläufig noch nicht viel zu erwarten. Die Unternehmerpresse ist sehr häufig mit ungerechten Angriffen bei der Hand, ihre Aufgabe war bis jetzt nicht, auch Erziehungsarbeit zu leisten, sondern die Unternehmer gegen die Arbeiter scharf zu machen. Um so mehr wird es unsere Aufgabe sein, diese wichtigen Fragen zu besprechen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hierauf zu lenken. F. E.

Vertragskündigung im Holzgewerbe.

Die bevorstehende große Tarifbewegung im kommenden Frühjahr, von der nicht nur das Baugewerbe, sondern auch das Holz- und Malergewerbe betroffen werden, ist in ein erstes Stadium getreten: der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe hat alle Verträge, soweit sie in die allgemeine Bewegung von 1910 hineinbezogen waren, zum 15. Februar 1913 gekündigt. Dieser Schritt der Holzindustriellen dürfte kaum ohne die Zustimmung und das Einverständnis der Führer des Bauarbeiterbundes erfolgt sein. Es kann auch in der Tat nicht verkannt werden, daß bei der engen Vierung der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes und des Holzgewerbes eine Bewegung in dem letzteren von ziemlicher Bedeutung für das letztere werden kann. Das um so mehr, als die Tarifablaufstermine in den beiden Gewerben zeitlich nicht sehr auseinander liegen. Die Scharfmacher im Baugewerbe scheinen sich also nicht verrechnet zu haben, als sie für die Durchführung ihrer Pläne im nächsten Frühjahr auf die Hilfe anderer Gewerbe bauten. Wir haben allerdings auch kaum jemals daran gezweifelt, daß es so kommen würde. Sollen es konnte kein Zweifel mehr bestehen, als im Sommer d. J. der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeber-Verbände zustande kam mit dem ausgesprochenen Zweck, die gegenseitige Unterstützung der verschiedenen Gewerbegruppen bei ausbrechenden Arbeitskämpfen zu gewährleisten. Dem Reichsbund gehört auch der Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe an. Seine treibende Kraft aber war und ist der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Baugewerbe. Und das bejagt für die kommende Situation genug.

Zur Information unserer Mitglieder geben wir in nachstehendem einen kurzen Überblick über Entwicklung und Stand der Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Technisch wie im Baugewerbe, hat der Tarifvertragsgedanke auch in der Holzindustrie erst in diesem Jahrhundert größere Fortschritte gemacht. Wohl bestanden in ihr schon um die Jahrhundertwende und darüber hinaus eine Reihe Tarifverträge, und um 1905 zählte man bereits einige 200 solcher Verträge, die aber noch durchweg lokalen Charakter trugen. Eine systematische Zusammenfassung der Verträge und damit Stellung der ganzen Tarifvertragspolitik auf eine breitere Grundlage datiert erst seit dem Jahre 1907. Hauptsächlich auf Veranlassen des 1902 gegründeten Arbeitgeberschutzverbandes, der schon frühzeitig den Reichstarij mit einheitlichem Ablaufstermin anstrebte, ist diese Entwicklung allmählich fortgeschritten. Erstmals trat die Zusammenfassung der vielen Einzelverträge in Berlin in Erscheinung, indem die im 1907 abgeschlossenen Verträge für Groß-Berlin und noch zwölf weitere Städte zunächst auf drei Jahre festgelegt wurden. Auf Grund von Einigungsverhandlungen im Frühjahr 1908 in Leipzig kam zu jener ersten eine weitere Gruppe von Tarifverträgen, die im Jahre 1911 zum Ablauf kamen. Im nächsten Jahre fand der Reichstarij in Rheinland-Westfalen und in Südwestdeutschland Eingang. Immer aber hatten noch diese verschiedenen Gruppentarije unter sich besondere Ablaufstermine, und sie kamen auch nur in gesonderten Verhandlungen zustande, da die Arbeiterorganisationen sich mit guten Gründen gegen einheitliche Ablaufstermine wehrten. Nur in den Einzelstädten, die seit 1908 in die Tarifvertragsbewegung hineingezogen wurden, konnte der Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe einen einheitlichen Vertragsablauf für Frühjahr 1910 oder 1911 durchsetzen. Die im Jahre 1910 erneuerten Verträge regelten bereits die Arbeitsverhältnisse von 40 000 Arbeitern. Sie haben nun einheitlichen Ablaufstermin, den 15. Februar 1913, und an diesem Umstand lag es, daß der Reichstarij damals nur unter großen Schwierigkeiten zustande kam. Die im Jahre 1911 zum Ablauf gekommene Gruppe wurde ebenfalls wieder erneuert, und zwar bis zum Februar 1915. Die rheinisch-westfälischen und südwestdeutschen Tarifverträge wurden im Sommer dieses Jahres auf weitere vier Jahre abgeschlossen, sie laufen bis zum Jahre 1916. Die jetzt zur Kündigung gelangte Tarifgruppe ist die größte der im Holzgewerbe bestehenden. Sie umfaßt 51 Verträge, die nach den Angaben der „Nachzeitung“ des Arbeitgeberschutzverbandes für 51 250 Arbeiter die Arbeitsbedingungen regeln.

Der „Holzarbeiter“, das Organ des christlichen Holzgewerkschaftsverbandes, gibt in seiner Nummer 47 folgendes lehrreiches Bild über die jetzige Situation. Nachdem er die Tatsache der Vertragskündigung durch den Arbeitgeberverband mitgeteilt hat, schreibt er:

„Unsere Kollegen waren in einer Reihe von Verhandlungen willens, die Verträge nicht zu kündigen. Sie wollten es für ratsamer, die Verträge stillschweigend ein Jahr weiter laufen zu lassen. Der Arbeitgeberschutzverband hat durch diese Rechnung einen bösen Streich gespielt.“

Der Arbeitgeberschutzverband begründet die Kündigung aller Verträge in der „Nachzeitung“ damit, daß die demokratischen Holzgewerkschaften durch den Reichstarij der Verträge angezogen sei. Der Schutzverband habe sich so an alle Einzelstädten

gefaßt machen müssen. Unter diesem Gesichtswinkel scheine dann auch die Kartellierung der baugewerblichen Arbeitgeberverbände vor sich gegangen zu sein. Erklärt die die „Nachzeitung“ folgendes:

„Da sich das gesamte deutsche Baugewerbe, einschließlich des Verbandes der Malergewerkschaften am 1. April vor die gleiche Frage gestellt sieht, so dürfte es doch wirklich jedem objektiv denkenden Menschen erklärlich erscheinen, daß sich der Arbeitgeberschutzverband für die Holzindustrie in engstem Konnex mit diesen großen Verbänden zu bringen verjuchte, um ihnen die vielleicht nicht zu vermeidende Abwehr zu führen.“

Ob die Abwehr notwendig, hänge von den Arbeitsbedingungen ab, ob deren Forderungen derart wären, daß die Eristermöglichkeit der Arbeitgeber damit in Einklang bringen sei.

Ueber eine „in mäßigen Grenzen“ stehende Lohnerhöhung, so schreibt die „Nachzeitung“ würde wohl eine Verständigung erzielt werden können. Zu berücksichtigen sei, daß die deutsche Holzindustrie bezüglich der Löhne „an der Spitze aller Berufsarten steht.“

Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit findet dem Arbeitgeberorgan keine Befürwortung. Die Arbeiter würden sich damit abfinden müssen, „daß die gegenwärtige Arbeitszeit in den allermeisten Vertragsstädten noch eine längere Zeit als angemessen gelten muß.“

An die Mitglieder der eigenen Organisation wendet sich die „Nachzeitung“ mit folgenden Worten:

„Jedenfalls wird es für die Mitglieder unserer Verbände gut sein, sich nicht einem vielleicht trügerischen Optimismus hinzugeben, sondern alles daran zu setzen, um die Reihen zu schließen und die noch abseits stehenden Kollegen zum Schutzverband heranzuführen. Die Vorständen unserer Bezirksverbände aber erwacht angedächts der uns in sichere Aussicht gestellten und inzwischen nun auch von unserer Seite vollzogenen Kündigung der Verträge die Pflicht, die Berufsgenossen ihres Bezirkes auf die Lage aufmerksam zu machen und die Situation auszunutzen, denn die günstige Gelegenheit auch die Indifferenten aufzurütteln, dürfte so bald nicht wiederkommen. Gewiß wollen wir den Frieden und alles tun, um die schwere Schädigung, welche mit einer Aussperrung verbunden ist, zu vermeiden, aber auch der Beste kann nicht im Frieden leben, wenn der Nachbar es nicht will!“

Sind die voraussichtlichen Forderungen der Arbeiter mit der Eristermöglichkeit der Arbeitgeber unvereinbar, und bleiben unsere auf dem wirtschaftlichen Frieden gerichteten ernstlichen Bemühungen ohne Erfolg, so werden wir natürlich auch das äußerste nicht scheuen und uns dazu so vorbereiten, daß wir mit Ehren werden bestehen können. Hierzu gehört allerdings auch unser Beitritt zum Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeber-Verbände und die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat recht, wenn sie meint, daß ein Kampf im Baugewerbe die Chancen einer Abwehr in der Holzindustrie nicht unwesentlich verbessern würde. Es unterliegt auch gar keinem Zweifel, daß wir nötigenfalls diese günstigen Chancen auszunutzen werden, denn daß auch der Freigeistige endlich einmal an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit ankommen muß, bedarf weiter keine Ausführung.“

Diesen Ausführungen noch Erläuterungen zu geben, ist überflüssig. Unsere Kollegen wissen jetzt, woran sie sind. Aufklärungs- und Vorbereitungsarbeit auf der ganzen Linie für unseren Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands ist nun unbedingte Notwendigkeit, wenn wir den jetzt eingeleiteten großen Tarifkampf mit Ehren und Erfolg bestehen wollen.“

So weit der „Holzarbeiter“. Wir glauben, es ist überflüssig, die ersten Lehren, die sich aus diesen Zeilen auch für uns Bauarbeiter ergeben, noch besonders hervorzuheben. Unsere Kollegen mögen selbst die rechte Anwendung auf das Gesagte machen.

Allgemeines.

Wozu die Engländer Singulari quadam mißbraucht wird. Die katholische Firma Heinz Rißling Devotionalienfabrik in Mendon (Westf.), die den Titel Päpstlicher Hoflieferant führt, hat die christlich organisierten Arbeiter vor einigen Wochen ausgesperrt, weil in einer anderen Fabrik, Schmöle u. Co., deren Inhaber evangelisch sind, Lohnverträge mit den christlich organisierten Arbeitern ausgedrohen waren. Die Aussperrung ist erfolgt auf einen Beschluß des Arbeitgeberverbandes. Die Firma Heinz Rißling beruft sich bei der Aussperrung darauf, daß den Arbeitern die Friedenshand geboten, von ihnen aber zurückgewiesen sei. Demgegenüber steht, so schreibt man der „Westfälischen Volkszeitung“ in Bochum, fest, daß die Arbeiter jederzeit zu Verhandlungen bereit gewesen sind, die organisierten Arbeitgeber aber jegliches Verhandeln abgelehnt haben. Bei diesem Tatbestand erscheint es geradezu ungeheuerlich, daß die Firma Heinz Rißling, Päpstlicher Hoflieferant, folgenden Anschlag in der Fabrik, der die Engländer für ihre geschäftlichen Zwecke mißbraucht, veröffentlicht:

„Da man von seiten der Arbeitgeber das weitgehendste Entgegenkommen (man vergleiche hiermit die obigen Darlegungen, Neb.) gezeigt, aber der Organisation es tatsächlich an gutem Willen der friedlichen Beilegung der Streitigkeiten mangelt, so sind wir leider gezwungen, die organisierten Arbeiter zu entlassen.“

In der Enzyklika des Papstes Pius X. heißt es:

Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es steht ihm nicht frei, die übernatürlichen Güter außer acht zu lassen, er muß vielmehr den Vorschriften der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Gute, als dem letzten Ziel, alles hinordnen. Alle seine Handlungen aber, insoweit sie gut oder böse in sittlicher Hinsicht sind, d. h. insoweit sie mit dem natürlichen und göttlichen Gesetze übereinstimmen, oder von ihm abweichen, sind dem Urteile und dem Richteramt der Kirche unterworfen. — Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, sofern sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Bristigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe befördern.

Hoffend, daß nach dem vorstehenden Passus der Enzyklika der organisierte Arbeiter so viel religiöses Gefühl und Gehorsam gegen Seine Heiligkeit besitzen werde, um die nicht außer Arbeit gesetzten Arbeiter, es sind 89, nicht durch Terrorismus zu belästigen, sondern diese in Frieden weiter arbeiten lassen, so werden diese nicht ausgesperrten Personen hiermit gebeten, am Montag ruhig ihrer Arbeit nachzugehen. Es wird ihnen jeglicher weitgehende Schutz zehrt und auch für die Folge von der Fabrikleitung zur Seite stehen. Die Lebensart, sie möchten den ausgesperrten Arbeitern nicht in den Rücken fallen, ist vollständig hinfällig, da die Friedenshand, welche unsererseits der Organisation gereicht wurde, schroff zurückgewiesen worden ist. Das In-den-Rücken-fallen ist somit auf anderer Seite zu suchen.

Franz Kiffing. Heinz Kiffing.

Daß das der Enzyklika jetzt schon passieren muß! Daß die Unternehmer dieselbe zu ihren Gunsten auszunutzen gedenken, haben wir uns bald gedacht. Ja, sie geht den Unternehmern noch gar nicht weit genug, denn die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin veröffentlichen in der gleichen Sache ebenfalls eine Darstellung, die allerdings die Tatsachen auf den Kopf stellt, an deren Schluß es heißt:

Das Verhalten des christlichen Verbandes . . . scheint hiernach nicht als ein solches, wie es der Papst den christlichen Gewerkschaften, wenn er sie tolerieren will, zur Pflicht macht.

Also verbiete der Papst die christlichen Gewerkschaften ganz. Die Scharfmacher, diese rücksichtslosen und brutalen Gewaltmenschen, in deren Reihe ein Alexander Lülle das Wort sprechen konnte, Menschenrechte gehören in die Rumpelkammer, als Hüter der päpstlichen Enzyklika: Ein Bild zum Gotterbarmen.

Zu dieser Angelegenheit geht uns von der Zentralstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes noch folgende Mitteilung zu:

Unter der Ueberschrift: „Zur Enzyklika des Papstes über die christlichen Gewerkschaften“ berendet die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände ein Rundschreiben an die Presse, welches sich mit der Metallarbeiter-Aussperrung in Minden (Westf.) beschäftigt.

In der Notiz wird behauptet, die Ursache der Aussperrung sei darin zu suchen, daß der christliche Metallarbeiterverband von der Firma Schmöle u. Comp. in Minden die Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters verlangt habe. Als der Verband mit dieser Forderung nicht durchgedrungen sei, habe er Forderungen auf Arbeitszeitverlängerung, Lohn-erhöhung usw. gestellt. Ferner seien von dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes in einer öffentlichen Arbeiterversammlung wichtige Tatsachen — die Bewegung betreffend — verschwiegen worden, und das Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes sei bestimmt aus agitatorischen Gründen.

Diese Behauptungen sind un wahr. Als der betreffende entlassen wurde, haben einige Mitarbeiter die Wertsleistung gebeten die Entlassung zurückzunehmen, weil der Mann schon lange Jahre dort beschäftigt sei. Der christliche Metallarbeiterverband hat keineswegs die Wiedereinstellung des entlassenen Arbeiters verlangt, das war unnötig, weil dieser inzwischen anderweitige Beschäftigung hatte. Tatsache ist ferner, daß die Arbeiter längst eine Lohn-erhöhung usw. wünschten. Auch reichen die Wünsche nicht einmal an das heran, was in anderen Städten längst ortsüblich ist. Daher ist es wiederum unrichtig, wenn die Hauptstelle behauptet, das Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes sei bestimmt aus agitatorischen Gründen. Diese Behauptung wird übrigens von den Arbeitgeberverbänden bei jeder Bewegung aufgestellt, wodurch sie allerdings nicht an Wahrscheinlichkeit gewinnt.

Direkt un wahr ist die Behauptung, der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes habe in einem Referat wichtige Tatsachen verschwiegen. Vielmehr referierte dieser in der Hand eines den Arbeitern gegebenen Schriftstückes, welches die keinerlei Zugeständnisse enthaltenen Friedensbedingungen der Firma Schmöle u. Comp darstellte, und wovon kein einziger Punkt verschwiegen worden ist.

Das Hineingehen der Enzyklika durch die Mindener Arbeitgeber, was jetzt auch die Hauptstelle tut, ist zum mindesten sehr sonderbar. Die Arbeitgeberorganisationen handeln bei ihren Aussperrungen, wodurch zehntausende Arbeiter brotlos gemacht werden, doch ganz bestimmt nicht nach den Grundätzen der Liebe und Gerechtigkeit. Diese Grundätze, von denen in der Enzyklika die Rede ist, sind aber nicht nur für die Arbeiter da, sondern auch für die Arbeitgeber. An den Arbeitern und ihrer Organisation hat es nicht, wenn durch die Aussperrung der aufblühende Mindener Industriebezirk schwer geschädigt wird. Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hätte anstelle die Aus-sperrung gutzuheißen, entsprechend den Grundätzen der Liebe und Gerechtigkeit, eine Verhandlung zwischen den Parteien mit annehmbaren Friedensbedingungen herbeizuführen sollen. Die Arbeiter sind vor wie nach zu Friedens-Verhandlungen bereit.

Vernünftige Worte, die sich recht wohlklingend von dem lächerlichen Phrasenschwall der unter großem Tamtam in Szene gesetzten sozialdemokratischen Friedensdemonstrationen abheben, findet der frühere Sozialdemokrat Richard Calver für die gegenwärtig hochgespannte internationale politische Lage. In seiner „Konjunktur“ (Nr. 6) schreibt er:

„Gewiß ist es wünschenswert, daß der Friede erhalten bleibe, daß wir wegen der Orientfrage nicht in einen Krieg verwickelt werden. Man soll auch verlangen, daß die deutsche Diplomatie in diesem Sinne tätig sein soll. Über darüber soll man sich keiner Täuschung hingeben, daß die Entwicklung des ganzen Handels keineswegs von den Staaten abhängig ist, die befreit sind, den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten, sondern von den Vätern, die Störkräfte sein wollen, und die keine so starke Sozialdemokratie haben, die sie zwingen würde, ihre imperialistischen Bestrebungen zu unterdrücken. Diesen Vätern gegenüber muß man auf alle Eventualitäten gewappnet sein, und auch vom Standpunkt des Sozialismus muß man wünschen, daß nicht die höhere Kultur von der noch tiefer stehenden vergewaltigt werde. Das ist der Punkt, der auch der westeuropäischen Arbeiterschaft so empfindlich werden kann, daß alle Friedensbestrebungen zuschanden werden: Was nützt alles schöne Gerede vom ewigen Frieden, wenn die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Voraussetzungen zu einem solchen Zustande noch nicht vorhanden sind? Und wie kann man die allgemeine Abrüstung durchführen wollen, solange die kapitalistischen Interessengegensätze der Nationen nicht gleichmäßig durch eine annähernd gleich starke Sozialdemokratie neutralisiert werden können? Solange dieser innere Ausgleich in den einzelnen Ländern nicht geschaffen ist, solange muß noch immer mit der Möglichkeit von Kriegen gerechnet werden, in denen die kulturell höheren Länder sich gegen die wirtschaftlich aufstrebenden und noch nicht kapitalistisch voll entwickelten Länder zu verteidigen haben.“

Er wird tauben Ohren predigen. Denn wo, wie das bei der Sozialdemokratie der Fall ist, alles nur nach dem Gesichtspunkt der Agitation gewertet wird, da ist das Gefühl für reale Verhältnisse und Bedürfnisse längst abhanden gekommen. Daß dabei das Arbeiterinteresse nur zu oft zu kurz kommt, ist erklärlich. Wie weit übrigens das gegenwärtige Verhalten der sozialdemokratischen Presse davon entfernt ist, der Erhaltung des internationalen Friedens zu dienen, zeigt eine Auslassung im „Berliner Tageblatt“, einem für die Sozialdemokratie gewiß unbedächtigsten Zeugen. Dieses bürgerlich sein wollende, in Wirklichkeit rosa-rote Blatt, das sonst nicht genug Bemerkungs- und Beschönigungsgründe für die sozialdemokratische Politik anzuführen weiß, schreibt in seiner Nr. 592 dem „Vorwärts“ bezüglich seiner auswärtigen Politik folgendes ins Stammbuch:

„Stramm und unentwegt steht hinter Serbien und den russischen reaktionären Kriegstreibern nur der „Vorwärts“, das in Fragen der Auslandspolitik völlig unerfahrene Organ der deutschen Sozialdemokratie. Der ahnungslose Herr, der dort sich breit und behaglich zu den auswärtigen Fragen äußert, setzt sich sogar über die in Mserbien verübten Greuel mit den hübschen, leicht ironischen Worten hinweg: „Das ist nun gewiß ein verabscheuungswürdiges Verbrechen, das ist aber eben der Krieg!“ Da der „Vorwärts“-Politiker bei dieser Gelegenheit auch den Anschein zu erwecken sucht, als ständen wir auf Seiten der österreichischen Kriegspartei — was wohl noch niemand sonst aus unserer Haltung entnommen hat — so wollen wir ihm nur sagen, daß diese Behauptung leicht widerlegbar ist, daß wir es aber auch ablehnen, uns, wie er, in den Dienst der panславistischen Heher der Petersburger Damenpartei und der schürenden Bundesmönche zu stellen. Wer in diesem Augenblick nicht nach allen Seiten hin zur Vernunft mahnt, wer den selbstbenutzten, herausfordernden Starrsinn der Serben und die lauernden Absichten der russischen Hintertreppenpolitiker verteidigt und unterstützt, von dem kann man wahrhaftig nicht behaupten, daß er dem Frieden dient. Leute wie diejenigen, die im „Vorwärts“ Politik machen, sind die eifrigsten — wenn auch hoffentlich die ungefähigsten — Gegner einer Verständigung, und selbst ihre Unkenntnis und ihre Oberflächlichkeit entschuldigen ihr friedensstörendes Treiben nicht.“

Dieser Urteil ist nicht mißverständlich, und da es von einer dem „Vorwärts“ befreundeten Seite kommt, um so beweiskräftiger. Aber nützen wird's auch nicht.

Sozialdemokratische Verleumdungen der Eichsfelder. Ein Eichsfelder Kollege schreibt uns: Die Sozialdemokratie hat in katholischen Gegenden oft recht wenig Erfolg trotz aller Mühe, die sie sich dort gibt, und trotz aller Neutralität, die sie dort heuchelt. In diesen Gegenden gehört auch das Eichsfeld. Auch hier hat die Sozialdemokratie bisher mit recht wenig Erfolg gearbeitet. Wie sie nun aber solche Bezirke, in welchen der sozialdemokratische Weizen nicht so blühen will, wie sie es wünscht, einschätzt, davon legt der sozialdemokratische „Volkstreuer“ in Braunschweig in seiner Nr. 260 vom Dienstag, den 5. November d. J., Zeugnis ab. Es heißt dort:

„Dem Eichsfelde. Das fromme, fleischwarme, katholische Eichsfeld scheint eine wahre Brutstätte für Brandstifter zu sein. Wie die Robertskelcke und gemeinen Verbrechen gerade in den von den Pfaffen unumschränkt beherrschten Gegenden am meisten zu Hause sind, so kommen im schwarzen Eichsfelde die Brandstiftungen unverhältnismäßig häufig vor. In Kirch-worbis wurden vor einigen Tagen 18 Gebäude eingestrichelt, in Dodeinhagen eine große Scheune, in

Mingerode 2 Untwiesen, und am Freitag wurden in Desingerode die Untwiesen des Kinematographenbesizers Fredmann und des Barbiers Nappe ein Raub der Flammen. So geht es fast Tag für Tag weiter. In allen Fällen vermutet man Brandstiftung.“

Ein Kommentar zu solchen Gemeinheiten ist eigentlich überflüssig. Es steht diesen Leuten gut an, von Robertskelcken zu sprechen und selbst die niedrigsten Anwürfe auf andere zu werfen. Es gehört aber zur sozialdemokratischen Kulturarbeit, daß alle Underschieden mit den schäblichsten Mitteln bekämpft werden müssen. Den wenigen, welche auf dem Eichsfelde den Sozialdemokraten nachlaufen, sollen vorstehende Zeilen zeigen, in welcher Gesellschaft sie sich befinden. Was würde die Sozialdemokratie sagen, wenn man ihr alle die schweren Einbrecher und die vielen Hochstapler Berlins an die Hochschäre hängen wollte? Dabei haben diese viel mehr Verwandtschaft mit der Sozialdemokratie, als ein Brandstifter mit dem Christentum. Denn ein solcher hat mit dem Christentum nichts mehr zu tun. Seinem Bestreben nach zu rechnen, ist er absolut den roten Bestörern zuzurechnen.

Aus einer sozialdemokratisch verwalteten Ortskrankenlaffe. Der Ortskrankenlaffe in Solingen, die mit circa 30.000 M Jahresumsatz arbeitet, ist eine ungläubliche Mißwirtschaft aufgedeckt worden. Solingen ist eine sozialdemokratische Hochburg, wo selbstverständlich auch die Mehrheit des Ortskrankenlaffenvorstandes sich aus waschechten Sozialdemokraten zusammensetzt. Schon öfter war hier und da etwas von Unregelmäßigkeiten in der Kassenverwaltung durchgedrückt, bis nunmehr das Verhängnis über die bisherige Leitung der Kasse herein-gebrochen ist. Es sind schon jetzt Unter-schlagungen im Betrage von über 100.000 M festgestellt worden. An den Unterschlagungen sind beteiligt der Rentant und erste Krankenkassenvorsitzende, der sozialdemokratische Stadtverordnete Knott, die Sozialdemokraten Albers und Stiemle. Der Rentant Reinhardt hat zugegeben, 60.000 M unterschlagen zu haben. Der Vorstand trieb mit den Geldern der Kasse ein schwunghaftes Geldverleihgeschäft, bei dem nur keine Zinsen gezahlt und keine Rückzahlungen geleistet wurden. Der Vorsitzende Knott ließ sich mehrere tausend Mark aus der Kasse zahlen, ebenso der zweite Vorsitzende Giesmann; letzterer verkaufte auch Geldschränke und Möbel, die der Kasse gehörten, und verwandte das Geld für sich. Er ließ sich auch Geld auf gefälschte Quittungen geben. Das Vorstandsmitglied Vosselman nahm zweimal 20.000 Mark aus der Kasse, von denen er 9.000 M zurückzahlte. Albers ließ sich mehrere tausend Mark aus der Kasse geben und verwandte das Geld zu Vergnügungszwecken. Vorstandsmitglied haben wiederholt mit dem Rentanten Vergnügungszwecken nach Köln, Düsseldorf und Elberfeld unternommen und Sektgelage in den dortigen Bars und öffentlichen Häusern veranstaltet. Nicht selten wurden in einer Nacht 200—300 M vergeudet. Das Geld dazu wurde aus der Kasse genommen. In anderen Fällen schwebt die Untersuchung noch. Der Rentant fälschte Quittungen über Invalidenmarken, indem er für 70 M ein-kaufte und daraus 2070 M machte. Die Gesamtheit der Unterschlagungen ist noch nicht festgestellt. Die Aufsichtsbehörde hat den Vorstand der Krankenkasse sofort seines Amtes enthoben, und die Verwaltung der Kasse selbst übernommen. Durch die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen wird der Schleier von dieser Stichprobe sozialdemokratischer Verwaltungskunst noch weiter gelüftet werden.

Wo bleibt Baron Franz von Salduth? Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, haben die angeführten Pechengesellschaften in den ersten drei Quartalen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres folgende Gewinne eingeheimst:

| | 1911 | 1912 |
|--------------------|------------|------------|
| Aplerbeck | 318 712 | 440 050 |
| Adler | 539 910 | 623 597 |
| Bochumer Bergbau | 486 789 | 798 315 |
| Emval | 2 630 251 | 4 564 557 |
| Graf Schwerin | 674 911 | 949 529 |
| Graf Bismarck | 2 792 431 | 3 441 753 |
| Garten | 11 660 000 | 16 601 500 |
| Gibernia | 7 984 580 | 10 040 748 |
| König Ludwig | 1 815 572 | 2 466 780 |
| König Wilhelm | 1 937 937 | 3 400 526 |
| Königsborn | 2 307 643 | 2 689 089 |
| Königin Elisabeth | 1 520 897 | 2 297 173 |
| Mittb. Bergwerke | 1 580 529 | 1 658 483 |
| Selens- und Amalia | 967 285 | 1 549 592 |

Zusammen 37 216 452 515 226 91

Was sagt wohl „Eich Berlin“ hierzu? Ist der Nationalstreik auch gegenüber solch kolossalen Gemeinheitsgerungen nicht erlaubt, wenn dem Arbeiter der gerechte Anteil daran vorenthalten wird? Das zu erfahren, wäre für uns sehr interessant. Auch noch ein anderes wäre zu wissen sehr schön, nämlich ob man diesen Unternehmern mit Haushaltungsbüchern und mit Schindelmessern mit hindänder Kraft, die vielleicht später einmal eingeführt werden, bekommen kann, wenn sie den Arbeitern den gerechten Anteil am Gewinn verweigern.

Eine Gemeinheits. Als zu der am 27. November stattgefundenen Präsidentenwahl im Reichstage die christlichen Arbeiterssekretäre noch mit den Nachzüglingen vom Wiener Kongreß nach Berlin eilten, deutete dies das übliche „Berliner Tageblatt“ (Nr. 605) an: „Bei Ihnen akkurat den Eisern möge die berechnete Ermüdung, daß man nicht ohne Not zwanzig Mark Strafe erduldet.“ Das kann doch nur ein echter Staatsfeind schreiben, der nur den Reichstag nicht aber das Volk im Auge hat.

an großen Bergarbeiterstreik, der gegen alle gewerkschaftlichen Regeln inszeniert wurde und daher auch mit einem kläglichen Zusammenbruch endete. Die Großindustrie heizt eifrig die Züchtung der Gelben. Der Streikverbot, der durch „Sitz Berlin“ erneut vom Jahre gebrochen wurde, erhielt für die christlichen Gewerkschaften durch den Dresdener Kongress seine Erlebidung. Die innere Tätigkeit im Verbands war rührig, das Verhältnis der Kollegen zu ihren Führern war im guten, daher war es möglich, trotz schlechter Konjunktur Fortschritte zu machen. Abgehalten wurden 42 Mitgliederversammlungen, 18 Vorstand- und 10 Delegierten- und Vertrauensmännerversammlungen. Die Ausschussschulung wurde getätigt und der Sieg an unsere Fahne geheftet. Den Kassenbericht gab der Kassierer, Koll. Bach. Danach betragen die Gesamteinnahmen 33 957,21 Mark. An Unterstützungen wurden 2435 M gezahlt. Aufgenommen wurden 804 Kollegen, Uebertritte waren 121 zu verzeichnen. Trotz der schlechten Lage des Bauarktes (in den ersten fünf Monaten wurden 153 Bauarbeitslose weniger erteilt als in der gleichen Zeit des Vorjahres) kam uns der Erfolg befriedigend, darum geführt Dank allen treuen Mitarbeitern. Bei der hierauf getätigten Vorstandswahl wurden gewählt: Franz Schmitz, Peter Scheib, 2. Vorsitzender; Josef Bach 1., Karl Theis, Kassierer; Hermann Edermann 1., Ludwig Hohmann, Schriftführer; als Revisoren die Kollegen Kleinfunde, Hümann und Knüttel; als Kartellbelegierte die Kollegen Bieder, Friml, Wagner und Wittenberg. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, nach Kräften für die Weiterentwicklung der Zahlstelle einzutreten und praktische Mitarbeit im bevorstehenden Kampfesjahr zu leisten. Nachdem im Punkt „Geschäftliches“ noch einige wichtige Fragen erledigt waren, wurde die Generalversammlung mit einem begeisterten Hoch auf das weitere Gelingen und Gedeihen der Zahlstelle geschlossen.

Friedland. Am Sonntag, den 24. November, fand in **Lotul**, **Hur Kone** eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Als Referent war Bezirksleiter D. Schleicher aus Frankfurt a. M. erschienen, welcher einen sehr reichen Vortrag über die innere Tätigkeit der Organisation hielt. Nach derselben fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Als erster Vorsitzender wurde wiedergewählt der Kollege Joh. Köhner, als Stellvertreter neugewählt der Kollege Hansfurt Gauß; als erster Kassierer wurde wiedergewählt der Kollege Hein. Kiehl, als Stellvertreter neugewählt Kollege Hein. Mühlung und als Schriftführer Kon. Dippoldsmann. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Gerhard Dülfer und Hein. Hoff. Und nun, Mitglieder, nehmt immer fleißig an den Versammlungen teil, zahlt pünktlich und gern die Beiträge; mit neuem Mut und neuer Begeisterung heißt es jetzt an die Arbeit für die christliche Organisation.

Hannover. In der diesjährigen Generalversammlung der Zahlstelle der Bimmerer wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Karl Hildebrand gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Strecker, war infolge seiner Arbeitsverhältnisse nicht mehr in der Lage, den Vorsitz weiterzuführen. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Th. Faust gewählt. Zum ersten Schriftführer wurde Kollege Hermann Weber und als zweiter Kollege Hans Weinreich gewählt. Zu Revisoren wählte die Versammlung die Kollegen Krejmer und Köbiger, zum Kartellbelegierten Jos. Guntel. Beschlossen wurde noch, in Anbetracht der Lohnbewegung zur Stärkung der Lokalkasse einen Winterbeitrag von 1 M zu erheben. — Die Zahlstelle der Dachdecker hielt am Vortage ihre diesjährige Generalversammlung ab. Zum Vorstand für das Jahr 1913 wurde gewählt Kollege Th. Bollmer als erster und Jos. Kuttig als zweiter Vorsitzender; Kollege Arnold Jene als erster und Heinrich Nylborn als zweiter Schriftführer; als Revisor in die Verwaltungsstelle Kollege Bömede. Zum Kartellbelegierten wurde Kollege Friedr. Schwarze gewählt. Aus dem Jahresbericht, den Kollege Schneider gab, ist zu erwähnen, daß sich die Zahlstelle gut entwickelt hat und steht zu hoffen, daß im nächsten Jahre bei guter Agitation die Mitgliederzahl gesteigert wird. — Die Zahlstelle Döhren hielt ebenfalls am Vortage eine Versammlung mit Neuwahl des Vorstandes ab. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Franz Döring, Wichmannstraße 21, p.) und als zweiter Johann Werner wiedergewählt. Zum ersten Schriftführer wurde Richard Stille gewählt und als zweiter Kollege Wilhelm Manegold. Als Revisor in die Verwaltungsstelle wurde Kollege Jakob Graf wiedergewählt. Einige Anträge zum Verbandstage wurden angenommen und sollen eingereicht werden. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß jeder Kollege bis Anfang Dezember sein Buch in Ordnung haben muß, um die Schlußmarke zu erhalten. Sämtliche Bücher werden in diesem Zwecke eingezogen. Die Abrechnung muß im Dezember fertiggestellt und mit derselben die Karten eingeklebt werden. Rüge sich ein jeder Kollege dies merken.

Neuenbroich. Am Sonntag, den 24. November, fand hier bei Herrn Franz Jordan eine öffentliche Versammlung der Bauarbeiter statt. Kollege Kasseleiner Düsselborf besprach den im Frühjahr 1913 ablaufenden Tarifvertrag. Es sei endlich an der Zeit, die Augen aufzuheben und zu erkennen, daß die Organisation für die Arbeiterchaft eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Es sei bei der Aussperrung 1910 nicht darauf gesehen worden, wer organisiert gewesen sei oder nicht; alle, ohne Ausnahme, hätte man sie ausgesperrt; dies habe man zu Reue zu Genüge erfahren. Ein geschlossenes Ganzes müsse auf alle Fälle hierorts gebildet und dafür gekämpft werden, daß alle, ohne Ausnahme, dem Verbands beizutreten. Nach weiteren Ausführungen wurde zur Vorstandswahl geschritten, aus welcher die Kollegen Jakob Müller als 1. Vorsitzender, G. Doppen als 2. Vorsitzender, Johann Kreuzer als Kassierer, Rath. Wendt als Schriftführer hervorgingen. Die gewählten Kollegen versprachen, alles zu tun, was zur Kräftigung unseres Verbandes beitrage und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Mann unseres Ortes Mitglied des christl. Verbandes sei.

Die nächste Mitgliederversammlung findet am 8. Dezember statt. Alle Kollegen werden ersucht, in obigem Lokale der Versammlung beizuwohnen.

M.-Stadbach. Am Sonntag, den 10. November, fand unsere Verwaltungsstellenkonferenz statt, wo sämtliche Zahlstellen mit Ausnahme von Baal, Rüdchoven und Rheindahlen vertreten waren. Baal hatte sich entschuldigt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 3. Quartal, 2. Beitragsregulierung, 3. Anträge zur Verbandsgeneralversammlung, 4. Gewerbegerichtswahl. Der Kassenbericht ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von 2211,16 M; an Ausgaben: für Krankengeld 14 M, Sterbegeld für ein Mitglied 56 M und Sterbegeld für die Frau eines Mitgliedes 40 M; eingekandt an die Hauptkasse wurden 2101,16 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 1657,67 M einschließlich Kassenbestand, die Ausgaben 1189,64 M, so daß noch ein Bestand von 468,03 M vorhanden ist. Da von sämtlichen Zahlstellen nur drei ihre Abrechnung bis zum 10. Oktober eingekandt hatten und die Zahlstellenkassierer Klage führten über die unpünktliche Abrechnung der Vertrauensmänner, beschloß die Versammlung, um diesem Uebel zu steuern, daß in Zukunft keine Vertrauensmännerbefehle früher ausgekandt werden dürfen als am Schlusse des Quartals. Diejenigen Vertrauensmänner, welche nun bis einschließlich ersten Sonntag des nächsten Quartals nicht abgerechnet haben, erhalten 1 Prozent weniger als diejenigen, welche pünktlich abrechnen. Da am 8. Dezember die Agitationsmarke zu 50 Pf. geklebt werden soll, wurde als Endtermin zur Abrechnung der 15. Dezember bestimmt für das letzte Quartal 1912. Zur Beitragsregulierung wurde, nachdem auf der vorhergegangenen Sitzung darüber debattiert und die Kollegen in den Zahlstellen dazu Stellung genommen hatten, ohne weitere Diskussion einstimmig beschlossen, ab 1. März 1913 15 Pf. Lokalaufschlag pro Woche zu zahlen, dafür den Winterbeitrag um 10 Pf. pro Woche zu ermäßigen und die Agitationsmarke zu 50 Pf. fallen zu lassen, so daß die Mitglieder, welche das ganze Jahr leben, nicht höher belastet werden, sondern jetzt bloß im Sommer zahlen, was sie bisher im Winter zahlten, dagegen die Driedeberger nicht mehr in der Lage sind, sich so leicht vorzubücken. Weiter wurde beschlossen, daß auch diejenigen, welche sich von Dezember bis März aufnehmen lassen, 1 M Eintrittsgeld und für die erste Woche 75 Pf. Beitrag zahlen müssen. Betreffs der Anträge zum Verbandstag wurde beschlossen, daß die einzelnen Zahlstellen ihre Anträge bis zum 20. Dezember an den Verwaltungsstellenvorstand einzusenden haben; derselbe soll dann die Anträge zusammenstellen und einsenden. Betreffs der Gewerbegerichtswahl wurde nach eingehender Aussprache von der Aufstellung des alten Beisitzers Abstand genommen und, da der Kollege Kalfi-Bierjen ablehnte, Kollege Thies aufgestellt. Nachdem der Vorsitzende nochmals kurz die Delegierten auf die gefassten Beschlüsse aufmerksam gemacht hatte mit der Bitte, für die Durchführung derselben nun auch einzutreten, schloß derselbe nach dreistündiger Dauer die Sitzung.

Nümbrecht. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 17. November eine gut besuchte Versammlung ab. Zunächst gab der Kassierer, Kollege Löttgen, den Kassenbericht von der ersten Abrechnung. Sodann berichtete Kollege Lange über den Dresdener Gewerkschaftskongress. Nach Klarstellung der verschiedensten Fragen beschäftigte sich die Versammlung mit inneren Organisationsangelegenheiten. Beschlossen wurde, in der beitragsfreien Winterzeit 10 Pf. pro Woche Agitationsbeitrag zu entrichten. Diejenigen, die mit diesem Beitrag vom Jahre 1911/12 noch rezitieren, haben in diesem Winter jede Woche zwei Agitationsbeiträge à 10 Pf. zu geben. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurden die Kollegen Richard Graf als Schriftführer und Albrecht Lang und Christian Sträßer als Revisoren gewählt. Kollege Lange teilte dann noch mit, daß der Eisenbahnminister auf die Beschwerde gegen die Entscheidung der Eisenbahndirektion Elberfeld, in Sachen der Ausgabe von Arbeiterfahrkarten, der Ansicht der Direktion beigetreten sei. Die Angelegenheit solle weiter verfolgt werden.

Neuscheid. Am Sonnabend, den 2. November, hielten wir unsere Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag des Kollegen Lange. Den Jahresbericht gab der zweite Vorsitzende, Kollege Jos. Wergenthal. Außer anderen Fortschritten hatten wir eine Mehrerhebung von 1158,80 M gegen das Vorjahr zu verzeichnen. In den Vorstand wurden gewählt: Joseph Fuchs als erster, Jos. Wergenthal als zweiter Vorsitzender; Gustav Werten als erster, Konrad Fey als zweiter Kassierer; Hermann Kreuzer als erster, Schmitz als zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen August Roth und Peter Krämer gewählt. In die Schlichtungskommission wurden die Kollegen Fuchs und Wergenthal gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Weil die Zeit schon weit vorgerückt war, mußte der Vortrag des Kollegen Lange ausfallen; dafür sprach er einige Worte über unsere Bewegung in nächster Zeit und berührte in seinen Darlegungen die eventuellen Folgen des Balkankrieges. Er dankte allen Kollegen, welche tatkräftig mitgearbeitet haben, und forderte sie auf, in dieser Weise weiterzustricken, damit unsere Zahlstelle wachse und gedeihe.

Rheinberg. Am Sonntag, den 6. Oktober, fand die Neugründung unserer Zahlstelle statt. Unter dem Druck der schlechten Konjunktur war es uns nicht möglich, die Zahlstelle durchzuhalten, trotzdem aber haben Kollegen bis dato ihre Verbindlichkeiten treu erfüllt. Schuld daran, daß unsere Zahlstelle eingehen konnte, was auch der Umstand, daß ein großer Teil der hiesigen Kollegen in Antfort arbeiten mußte. — Die Versammlungen fanden alle 14 Tage in Rheinberg im Lokale **Wills** statt.

Warendorf. Am Sonntag, den 24. November, fand unsere Generalversammlung mit Vorstandswahl statt. Neugewählt wurden die Kollegen Heinrich Hoff als erster Vorsitzender, v. Blanke als erster, A. Baumhäuser als

zweiter Kassierer, Hermann Kießbänchen als zweiter Schriftführer, die übrigen Kollegen wurden sämtlich wiedergewählt. Sodann hielt Kollege Festing aus Münster einen kurzen, lehrreichen Vortrag, worauf der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung schloß.

Werne. Die diesjährige Generalversammlung unserer Zahlstelle fand am Mittwoch, den 20. November, im katholischen Gesellenhause statt. Dieselbe hatte sich eines sehr regen Besuches zu erfreuen. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Zahlung der Beiträge, 2. Bericht vom 3. Quartal, 3. Bericht von der Ausschussschulung zu Hamm, 4. Vorstand- und Lokaltwahl, 5. Vortrag, 6. Verschiedenes. Die Generalversammlung wurde 4 1/2 Uhr eröffnet. Den Bericht vom 3. Quartal erstattete der Kassierer Ribhegge. Für die Zahlstellenkasse betrug die Einnahme 752,52 M, die Ausgabe 61,34 M, somit Bestand 691,18 M. Der Mitgliederbestand beträgt 80. Sodann gab Kollege Besselmann den Bericht von der Ausschussschulung zu Hamm. Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurden gewählt: Heinrich Besselmann als erster, Anton Hölcher als zweiter Vorsitzender; Anton Ribhegge als erster, Ferdinand Winkelmann als zweiter Kassierer; Bernhard Schriever als erster, Wilh. Niehus als zweiter Schriftführer; Bernh. Hegemann und Anton Westhues zu Revisoren. Wegen vorgerückter Zeit mußte der Vortrag ausfallen. Sodann sprach Kollege Bülcher-Hamm über die bevorstehende Lohnbewegung im nächsten Frühjahr. Die wegen sollen getreu ihren Führern folgen, damit der letzte Anoranisierte dem Verbands beigeführt wird.

Dachdecker.

Hamm. Am 16. November fand unsere Generalversammlung statt, wozu sämtliche Kollegen erschienen waren. Dem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Unsere Versammlungen, die regelmäßig alle Monat abgehalten wurden, waren durchschnittlich gut besucht. Für die Verwaltungsstelle wurden vereinnahmt 284,54 M, für die Lokalkasse 104,21 M, welche letzterer eine Ausgabe von 19,82 M gegenübersteht, so daß unser Lokalkassenbestand 84,39 M beträgt. Die Vorstandswahl wurde glatt erledigt, da sämtliche gewählte Kollegen die Wahl dankend annahmen. Der neue Vorsitzende, Kollege Kreis, dankte dem alten Vorstande und versprach, seine ganze Kraft dem Verbands widmen zu wollen und bat, die Kollegen möchten ihn in seinen Bestrebungen unterstützen. Unter „Verschiedenes“ teilte der Vorsitzende mit, daß in der vorletzten Nummer der Dachdeckerzeitung ein Versammlungsbericht von Hamm erschienen sei, wonach der Referent in der roten Dachdeckerversammlung seinen Zuhörern empfohlen habe, ihre ganze Kraft anzuwenden, damit die vierzehn Christlichen sich alle zu ihnen überschreiben ließen. Viel Glück, Genossen! Ihr werdet eine ganze Kraft aber sicher auch dazu nötig haben.

Düsseldorf. Unsere Generalversammlung, welche zum erstenmal tagte, konnte einen guten Fortschritt der Mitgliederzahl verzeichnen. Wenn auch die „Genossen“ seit unserer Gründung uns allerlei Schwierigkeiten bereiteten, so war es ihnen doch nicht möglich, dem Aufblühen unserer Zahlstelle Einhalt zu gebieten. Die Arbeitslosigkeit war im Laufe des Sommers eine gute. Man hätte viel mehr Arbeitsplätze besetzen können, wenn in genügender Zahl Arbeitskräfte zur Stelle gewesen wären. Nachdem der Kartellbericht und der Bericht der Verwaltungsstelle vom 4. Quartal vorgelegt war, wurde der Vorstand ergänzt. Als erster Vorsitzender wurde Karl Köfzig, als zweiter Konrad Schmanski gewählt; als erster Schriftführer Christ. Koll, als zweiter Ad. Finijien. Nachdem dann noch die Delegierten zum sozialen Ausschuss und zur Verwaltungsstelle gewählt waren, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Simmerer.

Dortmund. Am Sonnabend, den 16. November, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die sich eines sehr guten Besuches erfreute. Im letzten Jahre herrschte reges Leben in der Zahlstelle. Dieses hatte zur Folge, daß unsere Mitgliederzahl sich gegen das Vorjahr um 30 erhöhte. Auch war der Kassenbericht des Sonnabendabend sehr zufriedenstellend. Nachdem die Revisoren beantragt hatten, dem Kassierer die Entlastung zu erteilen, welches einstimmig geschah, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Dieselbe ergab folgendes Resultat: Als 1. Vorsitzender wurde Kamerad Jakobshagen und als 2. Vorsitzender Kamerad Heinrich wiedergewählt. Ebenfalls wurde der Kamerad Wend als 1. Kassierer einstimmig wiedergewählt, als 2. Kassierer Kamerad Müller. Als 1. Schriftführer Kamerad August Simmerer, als 2. Schriftführer Kamerad Ulrich. Als Revisoren Geiler und Heinrich. Alle Gewählten nahmen die Wahl an und versprachen, das dargebrachte Vertrauen in der richtigen Weise zu würdigen und mit neuem Mut in der Agitation tätig zu sein, damit den Genossen das unfaulere Handwerk der Brotlosmachung unserer Kameraden recht bald auf allen Plätzen unanwändig gemacht wird, wie dieses bei der Firma Madau u. Rose noch in diesem Jahre geschehen ist. Nach der Vorstandswahl sprach unser Bezirksleiter, Kollege Koch-Wöhlin, über die Pflichten des Vorstandes und der Mitglieder, besonders im nächsten Jahre. Seine Worte wurden von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen. Sodann wurde Kollege Koch noch gebeten, in nächster Versammlung nochmals zu erscheinen und einen zeitgemäßen Vortrag zu halten, welches Kollege Koch auch versprach.

Düsseldorf. Der „Simmerer“, Organ des sozial. Simmerer-Verbandes, bringt in der Nr. 46 unter der Stichmarke „Christliches“ aus Düsseldorf eine Notiz, welche den Scheiter der selben in seiner ganzen Unwahrscheinlichkeit zeigt. Er befaßt sich nochmals mit den Differenzen bei den Zimmermeister Schiffer und Müller zu Heilsdorf. Diese Firma hatte den dort beschäftigten Zimmerern die

Rolle! Die Zeit der statutarischen Beitragspflicht ist vorüber. Wer mit seinen Beiträgen noch im Rückstande ist, möge dieselben schleunigst begleichen. Das ist notwendig, weil sonst die Berechtigung zum Bezug der statutarischen Unterstützungen verloren geht. Im Hinblick auf die nächstjährige Tarifverneuerung ist das von besonderer Bedeutung. Da mit Jahreschluss ein Wechsel der Beitragsmarken eintritt, ist jeder Rückstand mit den Beiträgen sofort festzustellen. Die abreisenden Kollegen müssen sich bei ihrem Vorstand unter allen Umständen abmelden und in ihrem Heimatsorte anmelden. Nur durch Pünktlichkeit ist eine ordentliche Geschäftsführung möglich.

klagen, so behauptete der Kläger, verstoße gegen die §§ 152, 153 der Gewerbeordnung, die Schutzgesetze im Sinne von § 823 BGB. seien. Das Verhalten der Beklagten sei lediglich dem Haß und dem Konkurrenzneid gegen den Kläger entsprungen. Da ihm gedroht worden sei, die Sperre könne erneut über ihn verhängt werden, so fühle sich der Kläger berechtigt, für die Zukunft auf Unterlassung zu klagen und Ersatz des Schadens zu verlangen, der ihm durch die verhängte Sperre bereits entstanden gewesen sei. Das Landgericht Spandau hatte die Klage abgewiesen. Wie das Reichsgericht in einer prinzipiellen Entscheidung (Abt. 73) erklärt habe, seien die sogenannten Tarifgemeinschaften keine Kampforganisationen, sondern Friedensorganisationen, so daß die §§ 152, 153 der Gewerbeordnung auf Tarifgemeinschaften nicht anwendbar seien. Ferner verneinte das Landgericht die Frage, ob das Verhalten des Beklagten gegen die guten Sitten verstoße habe. Die Sperre sei an sich nicht unbillig, sondern werde dies nur durch hinzukommende objektive und subjektive Momente. Hier aber fehle es zum mindesten an dem unbillig wirkenden subjektiven Moment auf Seiten des Beklagten. In der Berufungsinstanz verpöcht der Kläger die Ansicht, der § 152, 2 der Gewerbeordnung sei wenigstens auf solche Tarifgemeinschaften verwendbar, die gleichzeitig eine werbende Tendenz verfolgten. Und unbillig würde eine Sperre stets dann, wenn sie unter formalen Vorzeichen, z. B. ohne Anhörung des Gegners, ohne weiteres verhängt sei. Doch auch das Kammergericht Berlin wies die Klage ab. Es unterstellte zunächst zugunsten des Klägers, daß sich schon durch seine Mitgliedschaft bei dem Spandauer Lokalverbande vertragliche Beziehungen zwischen ihm und den übrigen Tarifverbänden ergäben. Trotzdem sei aber sowohl der vom Kläger erhobene Unterlassungs- wie auch der Schadensersatzanspruch unbegründet. Der Kläger sei kraft des Tarifvertrages verpflichtet gewesen, im Falle der Schmutzkonkurrenz die Sperre zu dulden. Daß aber der Kläger Schmutzkonkurrenz betrieben habe, sei erwiesen. Er bestreite selbst nicht, daß die von ihm verlangten Preise hinter den Marktpreisen zurückgeblieben hätten. Als Mindestpreise brauchten gar nicht die von der Tarifgemeinschaft erst am 20. März festgesetzten Normalpreise angesehen zu werden, sondern lediglich die üblichen Mindestpreise. Daß übrigens der Kläger sogar unter seinen Selbstkostenpreisen angeboten habe, sei im Falle Schmutzkonkurrenz ohne Zweifel. Auch auf formale Verstöße könne sich der Kläger nicht berufen, denn jedenfalls sei vor der Verhängung der Sperre die Zustimmung des Zentralverbandes eingeholt gewesen. Des weiteren habe der Kläger auch gar nicht dargelegt, daß er bei früherer Aufhebung der Sperre keinen Schaden erlitten haben würde. Wichtig sei die Ansicht des Landgerichts, daß die §§ 152, 153 auf Tarifgemeinschaften deshalb keine Anwendung fänden, weil diese nicht Kampfes-, sondern Friedensorganisationen seien. Außerdem sei vom Reichsgericht ebenfalls bereits entschieden worden, daß auch Preiskonventionen nicht unter den §§ 153 der Gewerbeordnung fielen. Gegenwärtig habe es sich um eine dauernde Aussperrung des Klägers wie um eine völlige Unterbindung seines Betriebs gehandelt, denn der Kläger habe stets die Möglichkeit gehabt, sich entweder der Tarifgemeinschaft zu unterwerfen oder gänzlich aus seinem Verbands auszuscheiden. Dieses Berufungsgericht wurde auch vom Reichsgericht gebilligt, das die Revision des Klägers als unbegründet zurückwies. (Allenscheiben III. 116/12.)

Soziale Rechtsprechung.

Zwei beachtenswerte Urteile des Berliner Gewerbegerichts.

I. Urteil (Kolonnensystem):

Der Arbeitgeber haftet den Kolonnenarbeitern, die einen Zahlungsvervollmächtigten (Kolonnenführer) gestellt haben, nicht für die gehörige Verteilung des Gesamtlohns an die einzelnen Mitarbeiter.

Auf einem Neubau hatten mehrere Puzer die gesamten Außen- und Innenputz gegen gemeinschaftlichen Kordlohn übernommen. Hier von ihnen, die den größten Teil des Außenputzes hergestellt hatten, fordern klagend vom Arbeitgeber den Restlohn für den Außenputz mit 223 Mk. Die Klage ist abgewiesen.

Aus den Gründen:

Da die Gesamtheit der Puzer Außen- und Innenputz übernommen hat, ist es nicht anzunehmen, einen Teil der Arbeiten (den Außenputz) herauszugreifen und ihn allein dem Arbeitgeber in Rechnung zu stellen. Daß nachträglich eine Zerlegung der Arbeiten in zwei selbständige Teile und deren Vergebung an zwei selbständige Kolonnengruppen stattgefunden habe, ist nicht dargelegt. Bei Abrechnung der Gesamtarbeit dürfen die Puzer nicht außer acht gelassen, daß die Art der Verteilung der Abschlagszahlungen ausschließlich Angelegenheit der Puzerkolonne und des Hauptkolonnenführers ist. Aus dem Umstand also, daß etwa letz-

terer an die anscheinend mit Defizit arbeitenden Innepuzer zuviel Lohn abgeführt und dadurch die Außenpuzer benachteiligt hat, können die Puzer gegen den Arbeitgeber keine Rechte herleiten.

(Kammer 3 vom 13. Mai 1912, Nr. 409.)

II. Urteil:

Aushändigung des Lohnbetrages an den Polier befreit den Arbeitgeber nicht von seiner Zahlungspflicht gegenüber dem Arbeiter.

Aus den Gründen:

Der Einwand der Beklagten, daß sie den eingeklagten Lohnbetrag ihrem Polier ausgehändigt habe und daher Kläger sich an diesen halten müsse, ist verfehlt. Der Polier ist nicht Hauptstrahler des Arbeitnehmers, sondern des Arbeitgebers; folglich ist nicht mit Aushändigung des Lohnbetrags an den Polier, sondern erst mit der Weitergabe durch den Polier an den Arbeitnehmer (bzw. dessen Bevollmächtigten) die Zahlung bewirkt.

Im vorliegenden Falle besteht nun kein Streit darüber, daß der Polier das Geld einbehalten hat. Der Umstand endlich, daß der Polier durch die Ehefrau des Klägers — übrigens unfreiwillig ohne dessen Wissen und Willen — geschädigt worden ist, beseitigt nicht die Zahlungspflicht des Arbeitgebers.

(Kammer 3 vom 18. September 1912, Nr. 865.)

(Reichsarbeitsbl.)

Soziale Wahlen.

Altensiefen. Am 28. November fand die Wahl der Vertreter zur Allgemeinen Ortskrankenkasse statt. Es wurden im ganzen 495 Stimmen abgegeben. Die christliche Liste erhielt 353 Stimmen, wozugehörten die Sozialdemokraten es nur, trotz aller Dege, auf 134 Stimmen brachte, 3 Stimmen waren ungültig. Seit der letzten Wahl ist eine Steigerung der Stimmenabgabe um 64 zu verzeichnen. Die christliche Liste weist eine Stimmenzunahme von 90 auf, wozugehörten die sozialdemokratische 29 Stimmen Abnahme zu verzeichnen hatte. Mögen unsere Altensiefener Kollegen so weiter arbeiten.

Bonn. Am 20. November, dem Buß- und Betttag, fanden die Vertreterwahlen der Ortskrankenkasse in Poppeisdorf bei Bonn statt. Zu wählen waren 42 Arbeitnehmer-Vertreter. Trotzdem wir schon fünf Jahre die Vertretung der Kasse in Händen haben, und die christlichen Vertreter ganz bedeutende Verbesserungen in den letzten Jahren eingeführt haben, was auch die „Genossen“ anerkennen müssen, versuchen sie doch von Jahr zu Jahr, den christlichen Arbeitern die Siege zu entreißen. Aber immer sind sie kläglich heringefallen. Dieses Mal hatten die „Genossen“ ganz bestimmt gehofft, zu siegen. Und wie war das Wahlergebnis: 367 christliche Stimmen und 280 für die „freien“ Gewerkschaften. Die Wahlbeteiligung war eine rege, wäre aber noch besser gewesen, wenn nicht im Laufe des Nachmittags schlechtes Wetter eingetreten wäre. Es heißt nun für die Zukunft weiter zu arbeiten und zu agitieren, damit wir auch künftig in der Mehrheit bleiben.

Bonn. Bei der am 24. November getätigten Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse wurden insgesamt 1748 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Liste der christlichen Organisationen 959, die der „freien“ Gewerkschaften 784 Stimmen. Wie nicht anders zu erwarten, wurden die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft gewählt. Zu bemerken ist hierbei, daß sich das Stimmenergebnis gegen die letzte Wahl verringert hat. Es wurden für unsere Liste 225 und für die der „freien“ Gewerkschaften 99 Stimmen weniger abgegeben. Kollegen, die nächstjährige Wahl wird nach dem Verhältniswahlsystem getätigt, daher haben wir die Pflicht, unsere Kollegen über die Krankentassenverhältnisse aufzuklären.

Stritz. Am Sonntag, den 24. November, fanden hier die Vertreter- und Vorstandswahlen zur Ortskrankenkasse statt. Drei Parteien waren auf dem Kampfsplatz erschienen. Die größten Anstrengungen machte unzweifelhaft das „freie“ Gewerkschaftsfortell. Die verschiedensten Mittel wurden angewendet, um seinen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Doch alles war vergebens. Die Liste der christlich-nationalen Arbeiterschaft siegte mit 110 Stimmen über die des „freien“ Gewerkschaftsfortells, die 92 Stimmen erhielt. Die dritte Liste, die vom Vorstande der Ortskrankenkasse aufgestellt war, erhielt nur 24 Stimmen. Auch in der darauf stattfindenden Generalversammlung wurden die Kandidaten der christlich-nationalen Arbeiterschaft fast einstimmig gewählt. Das erfreuliche Resultat ist zweifellos auf das harmonische Zusammenarbeiten aller auf christlich-nationaler Grundlage stehenden Organisationen zurückzuführen. Stritz ist in dieser Beziehung vorbildlich. Wir wünschen, daß es überall so wäre. Die Wahl hat bewiesen, daß auch im „roten“ Königreich noch vieles zu gewinnen ist, wenn man überall in allen Organisationen und Vereinen den Ernst der

Zeit versteht und — danach handelt. Bei all unserer Arbeit müssen wir stets mit den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen rechnen. Leute, die in ihren Taten dieses zum Ausdruck bringen, darf man nicht als „Reutinger“ ansehen, sondern als treubere Mitarbeiter aufnehmen. Dann sind weitere Erfolge gesichert.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Baumstoffe, Bauhilfsmittel, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baumstoffe sind so schnell wie möglich einzufenden.)

Das „Monument des Eisens“ auf der Internationalen Bauausstellung Leipzig 1913. Auf einem freien Platz, der von der Hauptindustriehalle, der vorerwähnten Eisenbetonhalle und der gewaltigen, in Eisenkonstruktion erstellten Maschinenhalle, die die Glismaschinen des Bauwesens aufnimmt, begrenzt wird, errichtet der Stahlwerks-Verein gemeinsam mit dem Verein Deutscher Brücken- und Eisenbauaufseher ein eigenartiges Gebäude, das nach dem Motto des preisgekrönten Wettbewerbsentwurfes ein „Monument des Eisens“ sein soll.

Dieses Bauwerk gibt in seiner Struktur einen völlig neuen Raumwert! Als bei Eröffnung der denkwürdigen Weltausstellung in London 1862 der Ausstellungsaal seine Pforten dem flammenden Publikum öffnete, da wuchsen die Besucher nicht, was sie von dem Gemälde aus Eisen und Glas halten sollten. Das raumfüllende Element hatte sich in Linien verflüchtigt, das Bauwerk aus Eisen und Glas bildete nur einen Teil des unendlichen Luftraumes.

Anderes bei dem Gebäude des Stahlwerks-Vereins. Auch hier bilden die Glasflächen einen großen Teil der Wände, aber das Eisen tritt in Gestalt von T-Trägern mächtig in die Erscheinung. Sämtliche Wände sind aus diesem Material geblieben. Außer den Fundamenten, den Deckenfüllungen und den wenigen Innenwänden findet kein anderes Baumaterial Verwendung. Es galt eben, schon in der äußeren Gestalt des Gebäudes darauf hinzuweisen, daß es dem Stahlwerks-Verein, in dem sich alle Stahl- und Eisenbauwerke Deutschlands vereinigen, dient.

Das Bauwerk ragt bis zu einer Höhe von 30 Meter empor und wird von einer 9 Meter großen vergoldeten Kugel als Abschluss gekrönt. In seinem Innern soll es die Entwicklung der Eisenindustrie durch Aufstellung von Modellen, Photographien usw. zeigen, in seinem Obergeschosse wird es ein Amphitheater enthalten, das im Gegensatz zu den bisher üblichen kinematographischen Vorführungen im verdunkelten Raum, bei vollem Tageslicht seine interessanten Films abrollt. Hier soll der Werdegang des Eisens von der Erube und Gärte bis zum Baugewerk und darüber hinaus, seine Verwendung für die verschiedensten Zwecke des Eisen- und Brückenbaues, gezeigt werden.

Bücherlehn.

Protokoll vom außerordentlichen christlichen Gewerkschaftskongress. Der außerordentliche Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 26. November in Essen hat durch seine Vorgeschichte wie durch seine Tagesordnung die Öffentlichkeit in hervorragendem Maße beschäftigt. Bei etwaigen späteren Erörterungen über diese bedeutende Tagung wird man zweckmäßig den offiziellen vollständigen Bericht über die Verhandlungen zugrunde legen. Dieser Bericht ist sofort nach dem Kongress erschienen: „Protokoll des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, abgehalten am 26. November 1912 in Essen. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Köln, Eintrachtstraße 147. Preis 0,30 Mark.

Den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften wird das Protokoll durch die Geschäftsstelle ihrer Verbände zu einem billigeren Preise vermittelt. — Das Protokoll enthält den genauen stenographischen Wortlaut der auf der Essener Tagung gehaltenen Reden: a) das Referat von Generalsekretär Stegerwald über: Die christlichen Gewerkschaften und päpstliche Enzyklika; b) die Diskussion zu diesem Vortrag und den gefaßten Beschluß. — Für die grundsätzliche Beurteilung der christlichen Gewerkschaften wie als wertvoller Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt wird die vorliegende Schrift von bleibendem Werte sein.

Erfolge der Gewerkschaftsbewegung. In unorganisierten, geistig indolenten Arbeiterkreisen ist der Einwand geläufig, die Gewerkschaften nützen dem Arbeiter doch nichts. Ein ähnlicher Standpunkt, wenn auch

